

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabeorten und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung zc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Kellameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Ds. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Zuschlag. — Bei Blatvorrichtung u. schwierigerem Satz 50% Zuschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 68

Bromberg, Sonnabend, den 24. März 1934

58. Jahrg.

Die Kleine Entente zum römischen Dreier-Pakt.

Prag und Belgrad gegen die „italienische Lösung.“

Die römischen Abmachungen haben das mitteleuropäische Problem plötzlich so stark in den Vordergrund gerückt, daß darüber selbst die Abrüstungsfrage zurücktritt, die im Grunde genommen für das Schicksal Europas viel entscheidender ist. Raum daß die internationale Diskussion über die in Rom unterzeichneten Protokolle in Gang gekommen ist, zeigt sich schon, daß die deutsche Auffassung über ihre Auswirkungen im vollen Umfange bestätigt wird. Die im Dreierpakt enthaltene Einladung an die im Donauraum sonst noch interessierten Mächte wird als eine praktisch ziemlich belanglose Arabeske an den von Italien, Österreich und Ungarn getroffenen Abmachungen angesehen, und man stellt zunächst die unter italienischer Führung stehende neue politische Kombination als eine der Kleinen Entente entgegengesetzte und — wie die Kommentare aus Prag und Belgrad erkennen lassen — durchaus unbehagliche Blockbildung dar.

Dr. Benesch, der Außenminister der Tschechoslowakei und zweifellos der stärkste Exponent der von ihr in Mitteleuropa befolgten revisionseindlichen, konservativen Politik, hat die erste Gelegenheit, die sich ihm in der Sitzung der Vereinigten Außenausschüsse der beiden Kammern bot, benutzt, um seine Auffassung von den römischen Vereinbarungen darzulegen, und er hat das mit einer Offenheit und unter Vermeidung jeder diplomatischen Verschleiierung getan, daß über die Haltung der von ihm entscheidend beeinflussten Mächtegruppe gar kein Zweifel bestehen kann. Seine außenpolitischen Darlegungen galten ausschließlich dem mitteleuropäischen und insbesondere dem österreichischen Problem, das er in seiner gesamten historischen Entwicklung, naturgemäß vom Standpunkt seines Landes aus, darstellte. Benesch fühlt sich dazu um so mehr berufen, als er seit Kriegsende und Gründung des tschechoslowakischen Staates ununterbrochen im Amt war und der Schwerpunkt der von ihm geführten Politik immer in der Auseinandersetzung mit diesem, wie er meint, für die Tschechoslowakei entscheidenden Problem lag. Benesch beschäftigte sich zunächst mit dem, was er die „deutsche Lösung“ nannte, also mit dem Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich. In seinen Darlegungen war besonders interessant, daß er sowohl wie der jetzige Präsident der tschechoslowakischen Republik Masaryk, bis zum Jahre 1917 für eine Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich eingetreten sind, die ihnen damals im Rahmen der von ihnen verfolgten Pläne zur Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie für ihre besonderen Interessen vorteilhaft erschien. Die Feststellung, daß Italien, Frankreich, England und Rußland sich damals entschieden gegen diesen Anschlußgedanken ausgesprochen, hat sie aber veranlaßt, ihn aufzugeben. Auf den Widerstand der Westmächte gegen den Anschluß gründet Benesch im wesentlichen auch heute seine ablehnende Haltung zu ihm, obwohl er, wie er ausdrücklich sagte, vom tschechoslowakischen Standpunkt aus die Möglichkeit der Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich nicht fürchten würde.

Dr. Benesch ist aber entschieden auch gegen die in Rom versuchte „italienische Lösung“, bei der es sich darum handelte, Italien in Österreich und im Donauraum politischen Einfluß und wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Er enthält sich im Augenblick noch des endgültigen Urteils, läßt aber keinen Zweifel darüber, daß gewisse Teile der Kundgebung Mussolinis die Möglichkeit des römischen Abkommens verkleinern könnten. Auf jeden Fall wehrt er sich mit Nachdruck dagegen, daß die von den Genfer Protokollen der Jahre 1922 und 1923 für die Ordnung der Dinge im Donauraum gezogenen Linien verlegt oder überschritten werden. Diese Genfer Protokolle, die Benesch die „Magna Charta der mitteleuropäischen Politik“ nennt, legen der österreichischen Regierung die ausdrückliche Verpflichtung auf, ihre Unabhängigkeit laut Artikel 82 des Vertrages von St. Germain nicht aufzugeben. Das ist im März 1932 aus Anlaß des Versuches einer deutsch-österreichischen Zollunion noch einmal ausdrücklich protokolllarisch festgelegt worden. Es ist zwischen den Zeilen zu lesen, daß Benesch diese Unabhängigkeit unter Umständen auch durch italienische Hegemoniebestrebungen im Donauraum für gefährdet hält. Übrigens wendet er sich auch gegen die etwa beabsichtigte Bildung einer österreichisch-ungarischen Zollunion durch die den römischen Protokollen folgenden zweiseitigen Verträge, und er hebt hervor, daß ihr gegenüber die Stellung Deutschlands die gleiche sein würde wie die der Kleinen Entente. Dabei bestimmen ihn nicht nur wirtschaftliche Erwägungen, sondern auch die Meinung, daß eine österreich-ungarische Gemeinschaft nur die Vorbereitung zur Rückkehr der Sabitzer sein würde. Ihr gegenüber aber gäbe es für die Kleine Entente kein Kompromiß.

Die Lösung des Donauproblems sieht Benesch auf allgemeine europäische Grundlage durch ein Einvernehmen zwischen Rom, Paris, Berlin und der Kleinen Entente. Sein Kern müßte seiner Meinung nach die noch einmalige internationale Garantie der absoluten Selbständigkeit und Integrität Österreichs sein. Die wirtschaftliche Seite des österreichischen und des Donauraumproblems sei diesem Rahmen leicht lösbar durch die Gewährung von

gewissen Vergünstigungen an Österreich. Ungarn gegenüber will die Tschechoslowakei sofort die Konsequenzen ziehen, indem sie Verhandlungen über den Abschluß eines ordentlichen Handelsvertrages zur Beendigung des seit vier Jahren bestehenden vertragslosen Zustandes anbietet.

Zwischen hat man nun auch in Belgrad zum römischen Dreier-Pakt Stellung genommen. Die „Pravda“, die dem jugoslawischen Außenministerium nahesteht, registriert, daß das Abkommen nirgends günstige Kommentare gefunden habe, nennt es unerschütterlich und nicht zu verwirklichen und versucht, seine Bedeutung herabzumindein. Auch sie aber bemüht sich, das Donauraumproblem als eine gesamteuropäische Angelegenheit darzustellen, die keineswegs von Italien, Ungarn und Österreich allein gelöst werden könnte. Andere jugoslawische Blätter schlagen eine schärfere Klinge gegen Italien, dem sie „Troyalität und Unsicherheit“ vorwerfen und dem sie die Schuld an der verwirrtten Lage auf dem Balkan zuschieben. Dabei spielt natürlich die Ermattung, die durch die Rede Mussolinis den revisionistischen Hoffnungen Ungarns zuteil wurde, eine Rolle.

Befürchtungen der Pariser Presse.

Paris, 23. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die von Dr. Benesch vorgeschlagene europäische Lösung der österreichischen Frage wird von der französischen Presse, je mehr sie die verschiedenen Möglichkeiten beleuchtet, für nicht unbedenklich gehalten. Die europäische Lösung,

so schreibt „Le Jour“, laufe auf die Erhaltung des gegenwärtigen Standes, d. h. der Balkanisierung des Donauraumes hinaus, wobei die „deutsche Lösung“, d. h. der Anschluß, den Sieg davontragen werde. Seltens sei,

daß Benesch sich dieser Lösung nur aus einer Pflicht der Loyalität gegenüber Frankreich zu widersetzen scheint.

Die „Action Française“ glaubt, daß sich Benesch schon jetzt mit dem Anschlußgedanken vertraut machen wolle, weil er die Tschechoslowakei nicht für stark genug halte, um Widerstand zu leisten. Während Pertinax im „Echo de Paris“ das Verhalten Benesch's damit zu begründen versucht, daß die Staaten der Kleinen Entente von den Großmächten die Verhinderung des Anschlusses erwarten, sich selbst aber die Aufgabe stellen,

die Schaffung einer italienischen Schutzherrschaft oder einer italienischen Einfluszone zu verhindern.

Leider habe die Unfähigkeit der mit dieser Aufgabe betrauten französischen Diplomaten, insbesondere de Fouvenel, sie unmöglich gemacht. Pertinax hofft, daß sich noch Gelegenheiten finden werde, die Annäherung herbeizuführen, da Mussolini doch eines Tages einsinken dürfte.

daß der deutsche Vorstoß in Mitteleuropa nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sei.

Rußlands Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund.

Trotzdem die Gerüchte, die mit aller Bestimmtheit von dem bevorstehenden Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund wissen wollten, kategorisch von Moskau dementiert worden sind, spinnt die Pariser Presse ihre Vermutungen über dieses Thema weiter. So meldet jetzt das „Echo de Paris“, daß sich die Besprechungen über den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund als sehr kompliziert ankündigten. Sie erforderten die Erfüllung einer ganzen Reihe von Bedingungen, und zwar:

1. Die Sowjetunion müsse offiziell von allen denjenigen Genfer Mitgliedsstaaten anerkannt werden, die dies noch nicht getan hätten, wie Holland, Dänemark oder Finnland.
2. Sollen sich der Völkerbund auf Wunsch der Sowjetunion und aus Rücksicht auf deren Verfassung und Zusammenfassung für die „Gleichheit der Rassen“ aussprechen, in diesem Punkte also auf einen ursprünglichen Entwurf Wilsons zurückgreifen.
3. Müßte nach dem Wunsche Moskaus die Völkerbundfassung in Einklang mit dem Kellogg-Pakt gebracht werden, ein Versuch, an dem die Genfer Juristen schon vor fünf und sechs Jahren verzweifelt seien.
4. Sei die Sowjetunion für eine Stärkung der Autorität und auch der praktischen Machtmittel des Völkerbundes zu haben, was direkt den besonders von Italien vertretenen Ansichten widerspreche.
5. Scheine die Sowjetunion einen Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung der Völkerbundmitgliedsstaaten zu fordern.

Dieses ganze Programm sei reichlich konfus und bedürfe noch der näheren Erläuterung.

Frankreichs Gegenbedingungen.

Die französischen Gegenbedingungen werden aus dem zweiten Teil des Artikels des „Echo de Paris“ erkennbar: nämlich durch die Forderung,

daß die Sowjetunion auf die „letzten Reste“ der Verträge mit Deutschland aus den Jahren 1922 und 1926 verzichte,

und daß ferner die von Moskau zu stellenden Bedingungen geeignet sein sollten, die italienischen Wünsche zu durchkreuzen, soweit diese sich gegen den jetzigen territorialen Zustand Europas richteten. Folglich wäre dem „Echo de Paris“ der Eintritt der Sowjetunion in den

Völkerbund willkommen als Mittel, um die Sowjetunion von Deutschland zu trennen und um das italienische Revisionsprogramm zu durchkreuzen.

„Freundlicher“ Wink.

Aber, so fügt „Echo de Paris“ hinzu, die Sowjetunion, unfähig, jemand anderem zu helfen und sich selbst zu helfen,

dürfte Frankreich nicht zu Grenzgarantien veranlassen und zu Abenteuer, die weder den moralischen noch den materiellen Interessen Frankreichs entsprächen. Die Sowjetunion habe schon versucht, Amerika gegen Japan aufzureizen, ein Manöver, das die Japaner jetzt durch direkte Verhandlungen mit Washington zunichte machen wollten. Sicher würde der Völkerbund sich freuen, wenn eine der vier großen Mächte, die ihm den Rücken gefehrt hätten, wieder zurückkäme. Aber dann würde auch der Taktik der Sowjetunion ein größeres Feld gegeben als bisher.

„Die Annäherung der Sowjets an den Völkerbund — ein politisches Manöver gegen Japan.“

Paris, 23. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das Stichwort des „Petit Parisien“, daß der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund Japan und Deutschland und vielleicht auch die Vereinigten Staaten zur Besinnung bringen könnte, wird von der „Republique“ aufgegriffen. Sie sagt,

weder Japan noch Deutschland hätte ein Interesse daran, außerhalb des Völkerbundes zu bleiben, sobald die Sowjets eintreten.

Die Grenzgebirge Rußlands dürften durch dessen Eintritt in den Völkerbund beruhigt wurden. Frankreich werde bei dieser politischen Entwicklung eine Hauptrolle zu spielen haben. Diese optimistische Auffassung wird von anderen Blättern nicht geteilt.

So schreibt „Petit Bleu“: „Es ist klar, daß die Annäherung der Sowjets an den Völkerbund, der auf Japan schlecht zu sprechen ist, ein politisches Manöver darstellt. Man braucht sich also nur als „alter Europäer“ auszugeben, um für den immer wahrscheinlicher werdenden Fall eines russisch-japanischen Krieges Unterstützung zu erlangen! Wenn die Westmächte sich auf dieses Manöver einließen, würden sie gefährliche Überraschungen erleben, sobald der Konflikt ausbreche.“

Der neue Schlag gegen Memel.

Kowno, 22. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der Elta hat der memelländische Gouverneur neue Forderungen gestellt. 29 Beamte sollen suspendiert werden.

Gestern abend verbreitete die Litauische Telegraphen-Agentur die Mitteilung, daß die Nachricht, nach welcher der Gouverneur des Memelgebieten den Präsidenten des Memel-Direktoriums zum Rücktritt aufgefordert habe, in allen Stücken erfunden sei. Dieses Dementi der Litauischen Regierung erscheint jedoch, wie uns heute gemeldet wird, irreführend.

Die vorstehende Elta-Meldung, die, wie es in einer Mitteilung aus Memel heißt, völlig unbegründet und unsubstantiierte Vorwürfe gegen eine Reihe unbescholtener Beamten enthält, zeigt klar, daß der Gouverneur jetzt auf indirektem Wege versucht, sein Ziel zu erreichen,

nachdem seine Absicht, den Präsidenten des Memel-Direktoriums wegen seiner bekannten Landtagsrede zur Abdankung zu zwingen, mißlungen ist.

Memeler Staatsanwalt
des Landesverrats beschuldigt.

DNB. Memel, 20. März.

Nachdem erst vor kurzem die beiden Führer der christlich-sozialistischen Volksgemeinschaft, Freiherr von Saß und Baron von der Kopp auf Anordnung des Untersuchungsrichters Rezabitauskas verhaftet worden sind, ist nunmehr auch gegen Staatsanwalt Costebs-Memel Anklage wegen Vorbereitung zum Landesverrat erhoben worden. Eine Verhaftung ist nicht erfolgt, doch steht Staatsanwalt Costebs unter Aufsicht der Staatssicherheitspolizei, bei der er sich wöchentlich zweimal zu melden hat.

An die Adresse Polens.

„Polen enttäuscht Danzigs Kaufmannschaft.“

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 21. März.

Der Hauptkrisenleiter des offiziellen Organs der NSDAP, des Vorpostens, Wilhelm Zarzke, veröffentlicht heute einen Leitartikel, der offensichtlich an die Adresse Polens gerichtet ist und dieses ernstlich an seine wirtschaftlichen Pflichten gegenüber der Freien Stadt ermahnt. In diesem Aufsatz, der überschrieben ist „Danzigs Lebensausblick“, heißt es u. a.:

„Danzig selbst wird von sich aus alles tun, um seiner Wirtschaft die Voraussetzung eigener Lebenssicherung zu geben. Der andere Faktor, Polen nämlich,

dem die Verpflichtung der Existenzsicherung Danzigs durch die Verträge auferlegt ist, darf sich niemals der Verantwortung entziehen,

die die Staatschöpfung für ihn mit sich bringt. Danzig ist nicht nur seiner selbst willen, nicht um Deutschlands willen, sondern Polen zuliebe und auf dessen ausdrückliches Verlangen aus einer natürlichen Umgebung herausgerissen und Staat mit eigenem Gesicht geworden. Bei allen Verständigungsbemühungen bleibt das Problem Danzig immer dasselbe: „Entweder ist Danzig ein Freistaat und Polen sorgt für seinen Unterhalt, oder aber Polen erkennt die Voraussetzungen, die Danzig lebensfähig machen könnten, nicht an und gibt ihm damit das Recht zu der Behauptung, daß Polen eine Zerrüttung des Danziger Wirtschaftslbens zumindest mittelbar anstrebt.“ Nachdem der Verfasser dann eingehend die Arbeitsmöglichkeiten der Danziger Bevölkerung untersucht hat, kommt er zu der Feststellung

„Polen enttäuschte Danzigs Kaufmannschaft“

und führt dazu u. a. aus: „Danzigs Hoffnung, nach Beseitigung politischer Hemmnisse mit seinem Wirtschaftspartner Polen die Voraussetzung für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu haben, hat sich bisher nicht erfüllt. Für den Danziger Kaufmann und für den großen Teil der Bevölkerung, der von Handel und Wandel lebt, ist es maßgebend, zu wissen, ob der Zustand weiter andauern soll, daß der Zahlen- und preismäßige Unterschied zwischen dem Absatz Danziger Waren in Polen und dem Verbrauch polnischer Erzeugnisse in Danzig weiterhin so ungünstig für Danzig bleiben soll wie in den vergangenen Jahren.“

Jede Verständigung — so ideal man sie auch auffassen mag — muß auch eine reale Seite haben. Für Danzig heißt diese reale Seite: Erhaltung des Wohlstandes und Sicherung seiner Lebensgrundlagen.

Die erste halten wir für endgültig geklärt, die zweite aber harret noch immer der Lösung.

Alle Schwierigkeiten, die der Danziger Kaufmannschaft in ihren Handelsbeziehungen mit Polen gemacht werden — mögen polnische Stellen sie auch als formal berechtigt hinstellen — haben ihren letzten Grund in der Tatsache, daß man polnischerseits nicht daran interessiert ist, der Danziger Wirtschaft ihr Recht zu geben, sondern daß man sie unter eine Vormundschaft zu bringen beabsichtigt, die das eigene Gesicht des Danziger Wirtschaftslbens zerstören soll. Dieser Versuch ist bisher mit Erfolg unternommen.“

Zarzke weist dann darauf hin, daß Danzig der geeignete Mittler der deutsch-polnischen Wirtschaftszusammenarbeit sei. Er wirt dann Polen vor, daß es in Gdingen zu neuen empfindlichen Schlägen gegen den Danziger Hafen ansetze, „statt, daß man die in Danzig vorhandenen Möglichkeiten ausnützt.“

Zarzke schließt: „Die Dinge müssen einmal beim Namen genannt werden. Danzigs Nöte sind so groß und Polens Schuld an diesen Nöten ist so unermeßlich, daß es uns notwendig erscheint, das auszusprechen, was allen Danzigern auf der Zunge liegt:

Nachbarstaat Polen! Wir wollen Zusammenarbeit. Wir erwarten, daß du dasselbe willst!“

Polnischer Protest

gegen tschechische Störungsversuche.

Seit einiger Zeit sind, wie wir bereits berichtet haben, in der ausländischen Presse Nachrichten erschienen, die mehr oder weniger unwahrscheinlich klangen, jedoch stets darauf abzielten, die gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen zu stören. Die meisten dieser Nachrichten stammten aus Prag und werden von der tschechoslowakischen Agentur „Central-Radio“ verbreitet. Im Zusammenhang damit ist einer Warschauer Meldung zufolge, der polnische Gesandte in Prag angewiesen worden, im tschechoslowakischen Auswärtigen Amt gegen die tendenziöse Verbreitung von Nachrichten über Polen durch diese Nachrichten-Agentur Protest zu erheben.

Gefängnisstrafe

für die Mussolini-Attentäter.

Am Dienstag wurde vor dem Sondergericht zum Schutze des Staates in Rom das Urteil gegen die Bombenattentäter von der Peterskirche gefällt. Die Angeklagten Bucciglioni, Renato und Claudio Cianca wurden wegen terroristischer Tätigkeit gegen den Staat verurteilt, und zwar die beiden ersteren zu je 30 Jahren, der 18jährige Claudio Cianca unter Annahme mildernder Umstände zu 17 Jahren Gefängnis. Der Chemiestudent Capasso, der das Rezept für eine Giftgasbombe geliefert hätte, wurde freigesprochen, da er von der Verwendung nichts gewußt hatte.

Die Verteidigung hatte versucht, die staatsfeindliche Betätigung dadurch abzuschwächen, daß sie sie als nicht auf italienischem, sondern auf vatikanischem und damit ausländischem Boden gesehen hinstellte. Nach Ansicht der Verteidigung lag also nur ein gewöhnliches Bombenattentat vor, das keine großen Wirkungen gehabt hätte. Das Gericht wies jedoch die Ansicht der Verteidigung zurück.

Deutschland braucht Kolonien,

England kann sie entbehren.

In Nr. 66 der „Deutschen Rundschau“ vom 22. März gaben wir einen Auszug aus einem Aufsatz in der „Daily Mail“ wieder, in welchem Lord Rothermere erneut Forderungen zur endgültigen Vereinigung des durch Versailles geschaffenen Elends erhebt und die Britische Regierung auffordert, die Mandatsgebiete von Togo, Kamerun und Tanganjika an Deutschland zurückzugeben. Sein aufsehenerregender Artikel beginnt mit folgender Feststellung:

Portugal mit 6 Millionen Einwohnern hat 800 000 Quadratmeilen Kolonien, Belgien mit 8 Millionen Einwohnern hat 1 Million Quadratmeilen Kolonien, Großbritannien mit 45 Millionen Einwohnern hat 2 Millionen Quadratmeilen Kolonien (nur Kolonien ohne Dominionen), Frankreich mit 42 Millionen Einwohnern hat 3 600 000 Quadratmeilen Kolonien.

Deutschland mit 65 Millionen Einwohnern hat keine Kolonien.

Die Sieger von Versailles hätten Deutschland aus dreierlei Gründen seiner Kolonien beraubt:

1. um Deutschland seine Rohstoffquellen zu nehmen. 50 Prozent der Rohstoffeinfuhr Deutschlands vor dem Kriege kam aus seinen Kolonien;
2. um zu verhindern, daß Deutsche unter ihrer eigenen Flagge auswandern;
3. weil Deutschland nicht fähig sei, eingeborene Völker zu behandeln.

Der erste Grund sei ungerecht gewesen, der zweite ein Fehler und der dritte eine Lüge. Materielle Verluste für Großbritannien wären bei Rückgabe dieser afrikanischen Länder unbeträchtlich im Vergleich mit dem moralischen Wert, den ein solcher Beweis guten Willens gegenüber Deutschland hätte. Im Falle von Togo und Kamerun würden wir sogar Vorteile aus dieser Handlung ziehen.

Das polnisch-deutsche

Gentlemen-Abkommen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am Mittwoch hat im polnischen Institut für Zusammenarbeit mit dem Auslande der Chef der Presseabteilung des Außenministeriums W. Przesmycki einen Vortrag über die von ihm mit den Vertretern der Reichsregierung in Berlin in den letzten Februar-Tagen geführten Gespräche gehalten. Diese hatten, wie bekannt, den Zweck, dem Propagandakampf, der lange Jahre hindurch die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland getrübt habe, ein Ende zu machen.

Der Pressechef gab mit erschöpfender Genauigkeit den Inhalt der Berliner Gespräche wieder, deren Ergebnis das ungeschriebene Gentlemen-Abkommen ist, durch das beide Regierungen sich verpflichten,

der durch Presse, Radio, Theater und Filme betriebenen aggressiven Aktion des einen Landes gegen das andere Land entgegenzuwirken.

Der Prelegent hob darauf den Nutzen hervor, der sich für Polen aus dem Abkommen ergibt. Das Abkommen — sagte u. a. der Redner, führt zum Abbau derjenigen deutschen Propaganda im Auslande, die sich zum Schaden der internationalen Geltung Polens ausgewirkt habe. Das Abkommen geht sogar noch weiter; es ermöglicht in Zukunft den Austausch gegenseitiger positiver und objektiver Informationen.

„An Stelle der aggressiven Aktion setzt das Abkommen das Ideal schöpferischer Arbeit zum Zwecke des gegenseitigen Verständnisses.“

Das Berliner Abkommen — führte der Pressechef weiter aus — stellt natürlich nicht die Lösung des ganzen Problems des polnisch-deutschen Verhältnisses auf dem Gebiete der Propaganda dar, ist aber sicher eine glückliche Anbahnung dieser Arbeit. Es läßt nämlich eine gewisse Zuversicht hinsichtlich der Zukunft hegen, die durch die Feststellung gestärkt wird,

daß von der deutschen Seite Beweise des guten Willens geliefert worden sind.

So wurde der bekannte, in der Provinz noch vorgeführte Film: „Land unterm Kreuz“ zurückgezogen, und gleichzeitig wurden die Vorbereitungen zur Errichtung des Denkmals als Wahrzeichen der Abrennung der deutschen Gebiete an der polnischen Grenze eingestellt.

Für die Möglichkeit einer dauernden Befriedung könnte — sagte der Redner — auch die Tatsache sprechen, daß auf dem Gebiet des Rundfunks, auf welchem seinerzeit eine Einigung bezüglich der Unterlassung gegenseitiger Angriffe erfolgt war, während des letzten Halbjahres keine einzige Klage vorgekommen ist.

Der Pressechef des Außenministeriums zog aus alledem den Schluss, daß die Berliner Gespräche ein bestimmtes positives Ergebnis erzielt haben, das zu vertiefen und auszubauen die Aufgabe der folgenden Konferenzen sein wird, die ungefähr jedes Vierteljahr stattfinden sollen.

Der Vortrag des Abteilungschefs Przesmycki wurde von den versammelten Mitgliedern des Instituts mit großem Interesse angehört und fand aufrichtigen Beifall. Den Ausführungen über die Resultate des Gentlemen-Abkommens wurde ein um so größeres Gewicht beigelegt, als sie aus dem Munde des eigentlichen Vertreters der polnischen Seite in den Berliner Besprechungen vernommen wurden, eines aufrichtigen, von aller Witterungshastigkeit freien Mannes, an dessen Willen zur Verständigung nicht zu zweifeln ist.

„Bundesstaat Oesterreich.“

Die amtliche „Wiener Zeitung“ bringt in ihrer Donnerstag-Ausgabe von gut unterrichteter Seite Einzelheiten über die neue Verfassung. Nach der neuen Verfassung werde Oesterreich schlechthin als Bundesstaat bezeichnet, der aus der bundesunmittelbaren Stadt Wien und aus den Bundesländern besteht. Die Bezeichnung „Republik“ entfalle, so daß künftig der Staat wahrscheinlich im internationalen Verkehr als „Oesterreich“ bezeichnet werden dürfte oder als „Bundesstaat Oesterreich“.

Kamerun hatte 1932 einen Fehlbetrag von 647 000 Pfund Sterling und Togo erfordert Subventionen von 50 000 Pfund Sterling im Jahre. Diese Länder sind eine Belastung, die wir zum Vorteil der deutschen Anlieher tragen, denn die Mehrheit der Plantagen in Kamerun befindet sich in deutschem Besitz.

Lord Rothermere führt dann weiter aus, diese beiden kleinen Kolonien in Westafrika seien aber ungeeignet für weiße Auswanderer. Das vormalige Deutsch-Ostafrika dagegen, obwohl am Äquator gelegen, besitze Hochländer, die durchaus geeignet für die Befiedlung durch größere Mengen weißer Farmer seien. Ich schlage vor, so schreibt Lord Rothermere, daß die Britische Regierung ihre Mandatsgebiete Tanganjika, Kamerun und Togo dem Völkerverbund zurückgeben sollte, damit sie an Deutschland übertragen werden können. Auch bei Tanganjika wäre das Opfer mehr scheinbar als tatsächlich. Während der letzten zehn Jahre waren die Ausgaben größer als die Einnahmen. Die Kolonie hat eine Schuld von 8,5 Millionen Pfund Sterling. Der Verlust für den britischen Handel würde unbeträchtlich sein.

Man könne die tüchtige und überaus männliche deutsche Jugend nicht mehr auf dem kleinen deutschen Raum zusammengepreßt halten. Es geht nicht an, daß aktive, gesunde und tüchtige deutsche junge Männer zu dauernder Untätigkeit verurteilt oder in unbefriedigendem Lebensraum gelassen werden. Deutschland brauche Atemraum.

Die Deutschen seien anerkannt gute Siebeler. Rothermere erinnert daran, welche Dienste der Deutsche dem Christentum geleistet hat.

Die Bestimmungen von Versailles seien herausfordernd und dumm.

Ein befriedigtes Deutschland sei auch ein friedliches. Für England aber spiele der Verlust dieses afrikanischen Besitzes kaum eine Rolle. Bismarck habe nach 1871 die kolonialen Besitzungen Frankreichs unterstützt, um Frankreich vom Verlust Ostafrikas abzuhalten. Es sei kein hoher Preis, 428 000 Quadratmeilen für den gleichen Zweck gegenüber Deutschland zu bezahlen.

Nach den bisher bekannt gewordenen Plänen der Regierung sieht die neue Verfassung Österreichs eine Verfassungs-körperschaft vor, die aus vier Kammern besteht, und zwar: Kulturkammer, Wirtschaftskammer, dem Räteerrat und dem Staatsrat. Während diese vier Kammern nur einen beratenden Charakter erhalten werden, wird die gesetzgebende Tätigkeit von dem Bundestag ausgeübt. In der Verfassung ist eine außerordentliche Erweiterung der Machtbefugnisse des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers vorgesehen. Der gesamte Verfassungsentwurf ist, soweit bekannt, uneingeschränkt auf dem Grundsatze der autoritären Regierung aufgebaut.

Neuer Bundesrat in der Schweiz.

Bern, 23. März. (PAT) Die Versammlung des Schweizer Bundesparlamentes hat am Donnerstag den Nachfolger für den zurückgetretenen Bundesrat Gaebler in gewählt. Aus der Wahl ging der bisherige Vizekanzler Dr. George Bovet hervor. Zu Bundesrichtern wurden gewählt Dr. Hubert aus Lausanne sowie Paul Kasser aus Bern.

Der neugewählte Bundesrat ist im Jahre 1874 in Neuchâtel geboren. Lange Jahre hindurch war er als Chefredakteur der „Revue“ tätig. Er war auch ein sehr aktiver Mitarbeiter des Internationalen Friedensbureaus, das seinerzeit in Bern bestand.

Hungerstreik

der verhafteten estnischen Freiheitskämpfer?

O. E. Reval, 23. März. General Laidoner, dem bekanntlich während des Krieges die Befehle über die Esten übertragen waren, erklärte bei einem Presseempfang, daß die umlaufenden Gerüchte über die angeblich von der Regierung geplante Erschießung der verhafteten Führer der Freiheitskämpfer jederlichen Grundlage entbehren. Ferner teilte er mit, daß ein Teil der verhafteten Freiheitskämpfer in einen Hungerstreik eintreten wolle. Er betrachte ein derartiges Fasten als eine persönliche Angelegenheit der Betroffenen. Sie würden ihre Verpflegung erhalten und ein etwaiger Verzicht auf Nahrung werde die Einstellung der Regierung nicht beeinflussen.

Kleine Rundschau.

Bergstürze in den Anden.

Newyork, 22. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Associated-Press-Meldung aus Lima sind nördlich von Lima Bergstürze in Ausdehnung von fünf Meilen begraben. Tote sind nicht gemeldet.

Eine ganze Kirche rot angemalt.

Anlässlich des 63. Jahrestages der Pariser Kommune hatten die Kommunisten in ganz Bulgarien zu Kundgebungen aufgerufen, die aber von der Polizei verboten worden waren. Trotzdem kam es in Sofia und einigen Provinzorten zu schweren Ausschreitungen. In der südbulgarischen Gemeinde Betren verübten Kommunisten einen ganz außergewöhnlichen Streich. In der letzten Nacht strichen sie die Dorfkirche bis hinauf zum Glockenturm mit roter Farbe an. Die Kirchentüren beschrifteten sie mit kommunistischen Losungen.

Buchdruckerstreik in Bromberg.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, sind in den hiesigen Buchdruckereien die Buchdrucker, die den polnischen Verbänden angehören, infolge Scheiterns von Tarifverhandlungen heute mittag in den Streik getreten.

Dank einem Übereinkommen zwischen dem Verband der deutschen Buchdrucker in Polen und dem Verlage H. Pittmann ist das Erscheinen der „Deutschen Rundschau“ sichergestellt.

Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 23. März 1934.
 Krakau — 2,24, Zawichost — 2,00, Warschau — 2,25, Ploc — 2,66, Thorn — 3,30, Kordon — 3,26, Culm — 3,18, Graudenz — 3,47, Kurborn — 3,70, Biedel — 3,56, Dirschau — 3,50, Einlage — 3,10, Schiewonhorst — 2,98.

